Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1418 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133;

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604

Nr. 388. Halle, Freitag, den 20. August 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

Einbruch der Polen in Oberschlesien.

Eine Zusammenkunft Dr. Simons mit Lloyd George und Graf Sforza.

Berlin, 19. August. Die Tatsache, daß Reichsminister Dr. Simons seinen zunächst bis 23. August vorgesehenen Urlaub um einige Tage verlängert, läßt aufs neue die wohl nicht ganz unbegründete Vermutung zu, daß Dr. Simons die Gelegenheit benutzen will, um mit dem jetzt gleichfalls in der Schweiz weilenden englischen Ministerpräsidenten Lloyd Gorge und dem italienischen Minister des Auswärtigen Grafen Sforza zusammenzutreffen.

Die Lage in Kattowitz.

Beuthen, 19. Aug. Kattowitz war nachmittags ruhig, die Spannung hält an. Der Theaterplatz ist durch französische Kavallerie und Infanterie mit einem Panzerauto besetzt. Patrouillen mit aufgepflanztem Seitengewehr durchziehen die Straßen. Die Sicherheitspolizei erhielt Verstärkungen. Italienische Truppen sind eingetroffen, ihre Stärke ist unbekannt. Das Plebiszitkommissariat für Deutschland erläßt einen Aufruf, worin die deutschdenkenden Oberschlesier aufgefordert werden, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren und Gewalt zu vermeiden.

Breslau, 19. Aug. (WTB.) Nach einer Meldung der „Schlesischen Zeitung" aus Kattowitz befand sich unter der verhafteten Besatzung des Deutschen Hauses auch ein Gehilfe Korfantys und auch ein polnischer Student mit Namen Koj. Im Verhör soll Koj gestanden haben, daß er mit 45 anderen Polen aus Beuthen nach Kattowitz gesandt worden sei, um die Schießerei zu inszenieren. Sämtliche Polen waren mit Schußwaffen ausgerüstet. Der anrückenden Feuerwehr und der Sicherheitswehr gelang es, den Brand im Deutschen Hause zu löschen. Im Laufe der Nacht wurden die Geschäftsräume der „Gazeta Ludowa" vollständig zerstört und eine Reihe von polnischen Läden zertrümmert, u. a. die Geschäfte des Großpolen Czaplinski und des Eisenhändlers Sikorski.

Pleß, 20. August. Gestern gegen 8 Uhr wurde das Schlafhaus der Heinrich Glück-Grube in Nikolai, ein Holzplattenbau, von einer Gruppe Polen mit Gewehrschüssen und Handgranaten überfallen. Die Angriffe richteten sich vornehmlich gegen den Teil des Schlafhauses, in dem die deutschsprechende Arbeiterschaft untergebracht ist. Es wurden etwa 100 Schüsse abgegeben, die glücklicherweise meist zu hoch gingen und sechs Handgranaten geworfen. Da die Insassen sofort auf den Boden und in den Keller flüchteten, wurden nur zwei Arbeiter verletzt.

Beuthen, 20. August. Nach einer Meldung aus Kattowitz ist bei der deutschen Plebiszitkommission eine Haussuchung durch französisches Militär vorgenommen worden.

Der oberschlesische Randbezirk von Polen besetzt.

Beuthen, 20. August. morgens 8 Uhr. Der ganze Randbezirk von Ober-Schlesien ist von den Polen besetzt. Bogutschütz, Nikischacht, Laurahütte und alle Ortschaften östlich von Kattowitz sind in den Händen der Polen. In Laurahütte kam es heute nach zu einem schweren Gefecht zwischen Sicherheitspolizei, Zivilpersonen und Polen. Die Sicherheitspolizei hatte zwölf Tote und eine große Anzahl Verwundete. Die Druckerei von Schnellmann wurde vollständig demoliert, es wird geplündert. Die Polen stehen bereits an der Grenze von Bogutschütz unmittelbar vor Kattowitz. Heute morgen 4 Uhr kam es zu einem schweren Gefecht mit der Sicherheitspolizei, es gab Tote und Verwundete. Infolge der Uebermacht mußte die Sicherheitspolizei weichen. Wie sich aus den gemachten Gefangenen ergibt, kämpfen unter den Polen autausgerüstete Hallersoldaten. Die Polen beabsichtigen heute von 10 Uhr ab die Bergwerke still zu legen. — Nach einer weiteren Meldung wird bereits auf der Florentiner- und Preußengrube gestreikt. Groß Dombrowska ist von den Sokols umzingelt, die das Wasser abgeschnitten haben. Die Polen sind in Stärke von 2000 Mann im Anmarsch auf Kattowitz und haben eine Reihe von Ortschaften um Kattowitz besetzt. Die Sicherheitspolizei bittet dringend um Verstärkungen. Die Hohenzollerngrube befindet sich bereits im Streik.

Die Oberschlesier fordern sofortige Abstimmung.

Breslau, 18. August. Die führenden politischen Kreise Schlesiens aller Parteien stehen auf dem Standpunkt, daß Oberschlesien trotz der Besetzung deutsches Land sei, wenn auch die interalliierte Kommission in Oppeln die Auffassung vertritt, daß sie Inhaberin der Souveränität sei. Infolgedessen ist Oberschlesien unbedingt verpflichtet, strikte Neutralität im Russisch-Polnischen Kriege zu wahren. Trotz der Erklärung der interalliierten Kommission, daß sie willens sei, die oberschlesische Neutralität zu respektieren, ist man in Schlesien der Meinung, daß die Anwesenheit zahlreicher mit Polen engbefreundeter Truppen in Oberschlesien und in Anbetracht des Umstandes, daß französische Offiziere im polnischen Heere kämpfen, für Rußland die Möglichkeit besteht, Frankreich als kriegführende Macht zu betrachten, was die oberschlesische Neutralität illusorisch machen würde. Infolgedessen fordert man zur Klärung der Lage die sofortige Abstimmung in Oberschlesien. In dieser Forderung ist sich ganz Schlesien einig. Morgen finden in Breslau gewaltige Demonstrationen zur Durchsetzung ihrer Forderung statt.

Wie aus Kattowitz gemeldet wird, vertagten die Gewerkschaften den Generalstreikbeschluß auf heute. Es sind neue Verhandlungen mit den französischen Militärbehörden aufgenommen worden.

Eine Unterredung mit dem Chef des russischen Verkehrswesens.

Verhandlungen über den Ankauf deutscher Lokomotiven. — Die Schwierigkeiten der Preisfrage. — Der Beginn der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, 18. August.

Der zu Verhandlungen mit der deutschen Lokomotivindustrie in Berlin weilende Chef des russischen Verkehrswesens, Prof. Lomonossow, hatte die Freundlichkeit, einen Vertreter der „Dena" zu einer längeren Unterredung zu empfangen, die folgendermaßen verlief:

Frage: „Welchen Zweck verfolgt Ihr hiesiger Aufenthalt?"

Antwort: „Ich bin nach Deutschland gekommen, um im Auftrage meiner Regierung in Verhandlungen mit der deutschen Lokomotivindustrie einzutreten und nach Möglichkeit Verträge auf Lieferung von Lokomotiven abzuschließen. Ich kann zu meiner Genugtuung feststellen, daß, soweit die technischen Fragen in Rede stehen, sich mit erfreulicher Schnelligkeit eine Einigung hat erzielen lassen."

Frage: „Ist es zutreffend, daß sich in den Verhandlungen ernstliche Schwierigkeiten in der Preisfrage herausgebildet haben?"

Antwort: „In der Tat bildet die Preisfrage den heikeln Punkt der seit einem Monat im Gange befindlichen Verhandlungen. Ich rechne allerdings für das Zustandekommen dieses für beide Teile so äußerst bedeutsamen Lieferungsvertrages auf ein erheblich weitergehendes Entgegenkommen, als es uns bisher von der in Betracht kommenden Industrie bezüglich der Preisfestsetzung bezeigt wurde. Immerhin haben wir schon dadurch einen gewissen Preisnachlaß erzielen können, daß wir uns für technisch mehr vereinfachte Konstruktionen entschieden. Ich meine aber, rein kapitalistische Gesichtspunkte sollten gerade bei diesem Vertrage, dessen Zustandekommen das ganze deutsche Volk, nicht zuletzt die Arbeiter, wesentlich berührt, nicht ausschließlich obwalten."

Frage: „Sie deuten hier auf die Möglichkeit des russischen Lebensmittel- und Rohstofferports hin, der naturgemäß durch die gegenwärtigen Transportverhältnisse bedingt ist. Darf ich fragen, wie es damit zurzeit bestellt ist?"

Antwort: „Soll Rußland Nahrungsmittel und Rohstoffe ausführen können, so ist das selbstverständlich nur möglich unter der Voraussetzung, daß sein Verkehrswesen der durchgreifendsten Reorganisation unterzogen wird. Um nur ein Beispiel von den zerrütteten Transportzuständen zu geben, so lagern im Kubangebiet wie auch in Sibirien große Getreidebestände. Sie nach Moskau zu befördern, mangelt es uns an Maschinen und Wagen; an einen Export nach Westeuropa ist unter solchen Verhältnissen erst recht nicht zu denken. Gewiß, wir haben auch mit unsern eigenen beschränkten Mitteln hier und da Ansätze zur Besserung im Transportwesen zu erzielen vermocht. Heute laufen wieder täglich zwischen Moskau und Petersburg drei Züge, zwei Personenzüge und ein Schnellzug. Wir haben ferner seit dem letzten Sommer 3600 Kilometer neuer Bahnstrecken im Bau. Das alles ist aber natürlich in keiner Weise ausreichend. Der schwerwiegendste Mangel ist und bleibt eben der Lokomotivmangel, den wir im eigenen Lande durch Neubauten zu beheben nicht in der Lage sind."

Frage: „Wie hoch ist der Lokomotivenbedarf Rußlands zu veranschlagen?"

Antwort: „Wir benötigen 5000 Lokomotiven, d. h. 50 Prozent der jährlichen Weltproduktion. Derartige Mengen zu liefern, sind überhaupt nur zwei Länder in der Lage: Amerika und Deutschland, wobei die Produktionskapazität Amerikas im Lokomotivbau jährlich auf 5000 Maschinen, die Deutschlands auf 2500 zu beziffern ist. Deutschland hält also den zweiten Platz in der Welt-Lokomotivenproduktion nach wie vor fest inne. Besser als durch diese Tatsache kann die Bedeutung unserer Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland kaum beleuchtet werden."

Frage: „Ist es richtig, daß auch mit Kanada über Lokomotivenlieferungen verhandelt wird?"

Antwort: „Das trifft zu. Allerdings sind die dortigen Verhandlungen noch zu keinem Abschluß gediehen und werden im Augenblick in London fortgeführt. Ich für meine Person würde es aber im Interesse unserer beiden Völker für außerordentlich bedauerlich halten, wenn in Anbetracht einer allzu unnachgiebigen Haltung des deutschen Lokomotivenkonzerns in der Preisfrage wir unsere Zuflucht zur kanadischen Produktion zu nehmen genötigt wären."

Frage: „Haben Sie in Ihrer Tätigkeit die Unterstützung der deutschen Regierung gefunden und haben Sie diese als von günstigem Einfluß auf den Gang der Verhandlungen verspürt?"

Antwort: „Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir an dieser Stelle Gelegenheit geben, das bereitwillige Entgegenkommen und die freundliche Unterstützung, die meine Mission bei der deutschen Regierung gefunden hat, zu betonen. Ich habe den Eindruck, daß eine Beteiligung der Reichsregierung an den schwebenden Verhandlungen im Sinne einer Vermittlung der Sache nur förderlich sein könnte."

Frage: „Die „mustergültige Lösung" des Problems der Vereinheitlichung der elektrischen Kraftquellen in Rußland, von der Minister Dr. Simons in seiner bekannten Reichstagsrede sprach, ist in der deutschen Oeffentlichkeit vielen Zweifeln begegnet. Was ist darüber zu sagen?"

Antwort: „Es handelt sich hier um grandios angelegte Projekte, die mit wenigen Worten nicht zu erschöpfen sind, und über die man viele Stunden lang reden könnte. Als ehemaligem Präsidenten des Komitees für den Reichsaufbau sind mir diese großartigen Pläne einer Rationierung der Elektrizitätswirtschaft wohl vertraut. Wir stehen erst im Anfang unseres Bemühens, diese Entwürfe Wirklichkeit werden zu lassen und in Form großer elektrischer Kraftstationen zur Ausnutzung der Wasserkräfte neue, gewaltige Energiequellen zu erschließen. Zurzeit sind drei solcher Kraftwerke im Entstehen begriffen, das eine am Verbindungsfluß zwischen Onega- und Ladogasee, dem Swir, gelegen, das zweite am Flusse Wolchow, das dritte nördlich des Schwarzen Meeres am Dnjepr zwischen Jekaterinoslaw und Alexandrowsk. Doch will ich nicht verschweigen, daß der Mangel an Wasserturbinen, als deren Lieferanten für uns nur Amerika, Deutschland und Schweden in Frage kommen, sich auf dem Gebiete der Unifizierung der Elektrizitätswirtschaft empfindlich störend bemerkbar macht."

Der verhinderte Königsberger Transport.

Gestern mittag fanden zwischen den Vertretern des Ministeriums des Innern und der Eisenbahndirektion einerseits und den Vertretern der Berliner Eisenbahner andererseits neue Verhandlungen über die Absendung des Transportes nach Königsberg statt. Es wurde beschlossen, daß sich Polizeipräsident Lübbring-Königsberg mit dem dortigen Gewerkschaftskartell in Verbindung setzen soll. Der Königsberger Polizeipräsident sandte an die Berliner Eisenbahner folgendes Telegramm:

„Hiermit versichere ich, daß die vom Stettiner Bahnhof zum Abtransport bestimmten Ausrüstungsgegenstände für die Sipo Ostpreußen bestimmt sind und auf keinen Fall gegen Sowjetrußland verwendet werden sollen. Leutnant Tamschik ist von mir mit der Leitung des Transportes beauftragt worden.

gez. Lübbring, Polizeipräsident, M. d. R.

Die Richtigkeit vorstehender Angaben bestätige ich hiermit.

gez. Merten, Vors. des Gewerkschaftskartells."

Am Nachmittag fand abermals eine Besprechung zwischen den Eisenbahnern und den Vertretern der Behörden statt. Die Vertreter der Eisenbahner erklärten, daß sie gegen die Absendung der Ausrüstungsgegenstände für die Sipo, unter denen Uniformen, Wäsche usw. zu verstehen seien, nichts einzuwenden hätten. Dagegen würden sie auf keinen Fall zulassen, daß Geschütze Minen usw. nach Königsberg abgingen. Der Transport der 28 Waggons für die Sicherheitspolizei in Ostpreußen kann also Berlin immer noch nicht verlassen.

Wie eine Nachrichtenstelle meldet, hat ferner gestern in Berlin eine Anzahl von Eisenbahnvertretern beschlossen, keinen Transport von Kriegsgerät mehr durchzulassen. Richtlinien für diesen Zweck sollen in einer Sitzung, die am Sonnabend stattfindet, herausgegeben werden. An der Sitzung am Sonnabend sollen Vertreter aller Eisenbahnerorganisationen und der Groß-Berliner Bahnhöfe und Werkstätten teilnehmen.

*

Man muß bezweifeln, daß ein solcher Beschluß von verantwortlichen Kreisen wirklich gefaßt worden ist. Von der Regierung ist zu erwarten, daß sie mit allen Mitteln die Eisenbahner von dem hierbetretenen Wege abbringt, der zu den schwersten inner- und außerpolitischen Verwicklungen führen muß.

Die russisch-polnische Frage.

Amsterdam, 19. August. „Daily Chronicle" schreibt: Die Erklärung der Sowjet-Delegierten in Minsk, daß die Unabhängigkeit Polens beachtet werden soll, sei befriedigend, wenn darnach gehandelt werde, es sei aber schwierig, sie in Uebereinstimmung zu bringen mit der Forderung, daß die polnischen Arbeiter in den Städten bewaffnet werden sollen. Die Bewaffnung der Arbeiter würde das Vorspiel zu einer bolschewistischen Revolution

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200820034/fragment/page=0001

sein, wie in Petersburg, und die Einleitung zur Bildung einer Sowjet-Regierung. Kein einziges Land, daß eine solche Bedingung anerkennen würde, würde als unabhängig anzusehen sein. Das Blatt schließt, wir hoffen, daß die Russen an dieser Forderung nicht festhalten. Eine derartige Bedingung findet sich nicht in den mit Estland und Lettland geschlossenen Verträgen. In der bolschewistischen Außenpolitik sind zwei verschiedene Strömungen bemerkbar, wir müssen abwarten, welche von beiden sich als stärker erweist.

Prag, 19. August. Gestern nachmittag fand eine sozialdemokratische Volksversammlung statt, auf der für eine Politik der Neutralität und für eine Intervention gegenüber Sowjet-Rußland Stellung genommen wurde. Im übrigen Böhmen fanden in den größeren Städten etwa 20 deutsche und 30 tschechische sozialdemokratische Versammlungen statt.

Warschau, 20. August. (Haras.) Die Erfolge des polnischen Heeres auf dem rechten Flügel dauern an. Die Truppen des Generals Pilsudsky bedrohen die russischen Kolonnen, die auf Warschau marschieren. Die französischen Offiziere spielen in der polnischen Offensive eine wichtige Rolle.

Polnischer Heeresbericht.

Posen, 19. August. (Durch Funkspruch.) Polnischer Heeresbericht vom 18. August. Nördlich Modlin machten unsere Abteilungen in erfolgreichen Kämpfen über 1500 Gefangene und erbeuteten 30 Maschinengewehre und 1 Geschütz. Unter unserem Drucke verließen die Bolschewisten Pultusk. Nach schwerem Kampf bei dem Brückenkopf Warschau zwangen wir den Feind zum schnellen Rückzug nach Osten. Am 17. August abends eroberten unsere Abteilungen Nowo-Minsk zurück. — Zentrumsfront. Unsere siegreichen Truppen setzten ihren Vormarsch fort. Die Linie Kalusjny — Siedlic und Miedzyrjecz — Wisnaewo — Wlodawa ist in unseren Händen. Unorientierte feindliche Abteilungen begegnen von allen Seiten umfassenden Stößen unserer Kolonnen und unterliegen vollständiger Versprengung. Die Sowjet-Divisionen 57, 58 und die zusammengesetzte 8. wurden vollständig vernichtet. Unsere Beute beträgt 5000 Gefangene, 20 Geschütze, 70 Maschinengewehre und sehr zahlreiche Trains. Die Zahl der Beute vergrößert sich andauernd.

Die Manitionsversorgung Polens.

Paris, 19. August. Nach einer Meldung des „Temps" aus Brüssel hat im Kabinettsrat gestern vormittag wegen des Durchgangsverkehrs für Munition für Polen eine lebhafte Aussprache stattgefunden. Der Minister für auswärtige Angelegenheiten ist energisch dafür eingetreten, daß der Durchgangsverkehr gestattet werde. Justizminister Vandervelde bekämpfte diesen Standpunkt. Es wurde schließlich dahin entschieden, die Neutralität vorläufig aufrechtzuerhalten, bis das Ergebnis der Verhandlungen in Minsk vorliege.

Eine Note der deutschen Regierung an die Saarkommission.

WTB. **Berlin**, 19. Aug. Die deutsche Regierung hat anläßlich der Bewegung der Beamten im Saargebiet und der damit zusammenhängenden Ereignisse eine Note an die Regierungskommission des Saargebietes gerichtet, die u. a. folgendes besagt:

„Die Beamten des Saargebietes haben am 6. August die Arbeit eingestellt, weil die Regierungskommission unter Abänderung der bestehenden Gesetze, ohne dabei die durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen Förmlichkeiten zu beachten, ein Statut erlassen wollte, dessen Bedingungen den Beamten unannehmbar erschienen.

Ueber die Rechtslage der Beamten im Saargebiet gibt der Friedensvertrag nicht mit der Klarheit Auskunft, die im Interesse aller Beteiligten wünschenswert gewesen wäre. Zweifellos aber ergibt sich aus dem Sinn und dem Zweck der Vertragsbestimmungen, die in der Absicht erlassen sind, die Rechte und Interessen der Bevölkerung zu wahren, und die zu diesem Zweck das Fortbestehen der deutschen Gesetze und Verordnungen vorsehen, daß der Beamtenkörper im ganzen in die neue Rechtsordnung übernommen werden sollte, unbeschadet des Rechtes der Regierungskommission, einzelne Beamte aus besonderen Gründen zu entfernen. Diesem Grundsatze Rechnung tragend, hat die Regierungskommission die deutsche Regierung ersucht, ihr die Beamten zur Verfügung zu stellen und demselben Grundsatze folgend, hat die deutsche Regierung von einer Zurückziehung der gesamten Beamtenschaft aus dem Gebiet abgesehen und die Beamten zur Verfügung gestellt. Sie hat dies in der Erwartung getan, daß eine befriedigende Regelung der Beamtenverhältnisse zustande kommen werde.

Statt nun aber, wie nach Lage der Dinge geboten, die Rechtsverhältnisse der Beamten zu regeln, sei es im Wege der Vereinbarung mit der deutschen Regierung, sei es durch unmittelbare Verhandlungen mit den Beamten selbst, hat die Regierungskommission den Abschluß eines allgemeinen Beamtenabkommens mit der deutschen Regierung abgelehnt, und auch die Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen haben infolge der Haltung der Regierungskommission nicht zu einer Einigung geführt. Der von der Regierungskommission aufgestellte Entwurf zu einem Beamtenstatut sieht vor, daß über die Entlassung und über die Unfähigkeit oder Unzeitgemäßheit eines Beamten nicht mehr im Wege eines ordentlichen, gerichtlichen Verfahrens, sondern durch den Ausspruch des Vorgesetzten entschieden wird. Der Entwurf will ferner den Beamten das gesetzlich gewährleistete Vereins- und Koalitionsrecht, eines der grundlegenden Rechte jedes Bürgers in einem freiheitlich regierten Lande, weitgehend einschränken, auch bietet er die Handhabe, die Einheitlichkeit des Beamtenkörpers durch die sachlich nicht gerechtfertigte Einstellung von Ausländern zu zerstören. Es liegt auf der Hand, daß keinem Beamten zugemutet werden kann, sich mit einer derartigen Minderung seiner Rechte einverstanden zu erklären. Die verständigen und durchaus erfüllbaren Gegenvorschläge der Beamten sind verworfen worden."

Nach einer kurzen Schilderung und Verurteilung der französischen Maßnahmen den streikenden Beamten gegenüber, fährt dann die Note fort:

„Die deutsche Regierung kann auch nicht stillschweigend an einer Proklamation vorübergehen, die die Saarregierung anläßlich der Arbeitseinstellung im Saargebiet erlassen hat. In dieser Proklamation wird unter anderem behauptet, der Streik sei von den Beamten vom Zaune gebrochen, und die Beamten seien Heiger oder Werkzeuge von Hetzern, denen die deutsche Regierung mehrere Millionen für diese Agitation zur Verfügung gestellt habe; die Regierungskommission werde mit aller Schärfe gegen die Wühlarbeit vorgehen.

Daß diese Proklamation den Tatsachen widerspricht, geht aus den obigen Angaben über die Ursachen des Streiks hervor. Hiervon abgesehen, muß aber die Deutsche Regierung die Vorwürfe und Verdächtigungen, die in der Proklamation, sei es ausdrücklich, sei es andeutungsweise, gegen sie erhoben werden, insbesondere eine etwa zwischen den Zeilen zu lesende Verdächtigung, daß sie den Streik gefördert oder gar finanziert habe, mit der größten Entschiedenheit zurückweisen. In vollkommen irreführender Weise hat die Regierungskommission die Bewegung der Beamten mit der Tätigkeit einer Organisation zur Erhaltung des Deutschtums im Saargebiet in Zusammenhang zu bringen versucht. Wenn die deutsche Regierung für diese Tätigkeit, die die Förderung der deutschen Musik, des deutschen Theaters, der deutschen Literatur und des deutschen Vereinswesens zum Ziele hat, Mittel zur Verfügung gestellt hat, so wird sie sich ihr gutes Recht dazu auch künftig um so weniger beschneiden lassen, als es sich hierbei lediglich um die Abwehr der bekannten, mit reichlichen Mitteln erbeiteten Bestrebungen handelt, die das Ziel verfolgen, den deutschen Charakter des Saargebiets zu ändern."

Arbeiter-Gewalttätigkeiten in Hamburg.

Hamburg, 19. August. Die Werft von Blohm & Voß ist infolge von Ausschreitungen der Arbeiterschaft gegen seitende Personen bis auf weiteres geschlossen worden. — Ueber die Vorgänge berichtet das „Hamburger Echo": Als die Firma die Regelung der Frage der Ueberstunden vornahm, ohne eine Betriebsratssitzung damit zu befassen, verlangte die Belegschaft gestern die Zurücknahme der Maßregel. Sie verlangte aber auch, daß ihr die gesamte Arbeitszeit zu bezahlen sei. Während die Werft der ersten Forderung nachgab, lehnte sie die zweite ab, worauf die Arbeiter in das Hauptgebäude eindrangen und die anwesenden Direktoren herunterholte. Verschiedene wurden nicht unerheblich verletzt. Die Direktoren, die nach dem Gebäude des Arbeiterrates gebracht wurden, erklärten nunmehr, daß sie die verloren gegangene Zeit bezahlen wollten.

Späte Erkenntnis.

In der Frauenbeilage der von dem Abg. Dr. Stresemann herausgegebenen volksparteilichen „Deutschen Stimmen" schreibt Freda-Marie Gräfin zu Dohna:

Seitdem die Deutsche Volkspartei in die Regierung eingetreten ist, rückt sie allmählich an die Stelle, wo die linksstehenden Elemente sie gerne sehen möchten: ein Stück ab von den Deutschnationalen und einen Schritt näher zu den Demokraten, für deren Handlungsweise im Koalitionskabinett wir langsam mehr Verständnis gewinnen werden. Wir haben gleich nach Eintritt in die Regierung in Spa die bittere Wahrheit begreifen lernen müssen: daß Deutschland als materieller Machtfaktor ausgeschaltet" ist, und daß große Worte heute weniger vermögen und wert sind als kleine entsagungsvolle Taten."

Es ist bedauerlich, daß der Deutschen Volkspartei diese Erkenntnis erst zuteil geworden ist, nachdem sie in die Regierung eingetreten ist. Hätte sie die Wahrheit schon früher „begriffen", dann wäre uns jedenfalls ein gut Teil häßlichen und vergiftenden Wahlkampfes erspart geblieben.

Die Befreiungsfeier in Ostpreußen.

Allenstein, 19. Aug. Bei dem heutigen Festmahl anläßlich der Wiedervereinigung Südostpreußens mit dem Reiche beglückwünschte Minister Severing in seiner Rede das Abstimmungsgebiet zu dem Siege in der friedlichen Schlacht und sagte im Namen der Staatsregierung zu, daß die Wunden, die dem Abstimmungsgebiet durch Krieg und Besatzung geschlagen worden seien, nach Maßgabe der Mittel gelindert werden sollen. Der Anfang sei gemacht. Der Minister schloß, ich hoffe, daß auf wirtschaftlichem Gebiet die Bestimmungen von Versailles revidiert werden und daß kein Keil zwischen Ostpreußen und dem übrigen Lande mehr besteht. Die Rede klang aus in einem Hoch auf die Ermelländer und Masuren als Stütze und Wahrzeichen des Deutschtums.

Antisemitische Kundgebungen in Swinemünde.

Swinemünde, 17. August. Seit einigen Tagen werden allabendlich am Strande Radauszenen hervorgerufen, an denen sich ein Teil der Swinemünder Garnison, der Reichswehr wie der Marine beteiligten. Sie haben gestern zu einer großen Kundgebung der Arbeiterschaft geführt. Die Radauszenen, die völlig antisemitischen Charakter trugen, sind zurückzuführen auf die Hetzerei zweier auswärtiger Badegäste. Die Teilnehmer dieser Krawalle entstammen zum großen Teil der Marinebrigade Loewenfeld. Diese Vorfälle haben sich von Dienstag voriger Woche bis zum Sonntag abgespielt und täglich gesteigert. Mehrere Hundert Kurgäste packten ihre Sachen und fuhren nach Hause. Der Badebetrieb, der eine ausgezeichnete Nachsaison versprach, schien mehr oder weniger lahmgelegt zu werden. Deshalb wandten sich die in den Strandbetrieben und Hotels beschäftigten Personen, Kellner, Musiker und andere Angestellte an die Gewerkschaften in Swinemünde und baten um deren Einschreiten. Gestern abend fand am Strande eine große Versammlung statt. Die Arbeiter kamen mit wehenden Fahnen unter Vorantritt von Musikkapellen und der Führer der Swinemünder Ortsgruppe der U. S. P. D., Haas, hielt eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Reichswehr und die Marinetruppen erhob. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wurde, Leben und Gesundheit der Swinemünder Bevölkerung und der Badegäste gegen das Treiben der Hetzer zu schützen. Der Stadtkommandant ist gegen die Uebergriffe der Soldaten eingeschritten und hat den abendlichen Aufenthalt am Strand verboten. Die Angehörigen der Reichswehr und der Marine müssen am Abend in der Kasernen bleiben. Die Anstifter der Hetzkrawalle haben sich nach den Vorfällen von Sonnabend abend aus dem Staube gemacht.

„Die deutschen Sklaven des Emirs von Buchara".

Berlin, 17. August. Ueber die Behandlung der Kriegsgefangenen in Sowjetrußland sind in der letzten Zeit zahlreiche Mitteilungen durch die Presse gegangen und ganz besonders Aufsehen erregte die Mitteilung, daß Deutsche als Sklaven an den Emir von Buchara verkauft worden seien. Demgegenüber sind nunmehr von einer ganzen Reihe von Kriegsgefangenen, die in Turkestan lebten, Mitteilungen nach Deutschland gelangt, in denen sie ihren Angehörigen berichteten, daß sie Anfang Juli aus Samarkand abgefahren seien und sich auf der Heimreise befänden. Um aber keine übertriebenen Hoffnungen aufkommen zu lassen, muß dazu bemerkt werden, daß es sich nicht um regelrechte Heimtransporte wie aus Frankreich oder England handelt. Es ist in Turkestan so, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, daß die für freie Bürger erklärten bisherigen Gefangenen versuchen, auf eigene Faust in die Heimat zu gelangen und zu Fuß oder auch mit der Bahn die deutschen Kommissionen in Moskau, Naderwa und in anderen Städten zu erreichen suchen, um von dort aus heimgeschickt zu werden. Es kann also noch eine ganze Zeit vergehen, ehe sie ihr Vaterland erreichen. Bei dieser Gelegenheit sei noch darauf hingewiesen, daß die über die Gefangenen in Turkestan umlaufenden Gerüchte, z. B. Verkauf als Sklaven an den Emir von Buchara, Fabeln sind und daß die in Turkestan vor einigen Jahren ausgebrochenen Seuchen, die den größten Teil der Gefangenen dahingerafft haben sollten, in Wirklichkeit unter der dort ansässigen Zivilbevölkerung wesentlich größere Opfer gefordert haben als unter den Gefangenen, da die letzteren es verstanden haben, durch größere Sauberkeit und andere Gegenmaßnahmen sich zu schützen.

Unterhaltungsbeilage der „Saale-Zeitung". Sonnabend, den 21. August. Inhalt: Der Puppenspieler. Roman von Karl Rosner. — Der Skandal. Geschichte von Richard Nitz-München. — Feuerzauber. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Meine Waschfrau.

Von

Margarete Heilmann, Berlin.

(Nachdruck verboten.)

Als sie im Jahre 1915 zum ersten Male zu mir kam, war alles breit an ihr: die Figur, der Mund, die Hände, auch die unvermeidliche Markttasche war auffallend korpulent. Frau Schneidereit war ein zufriedenes Gemüt: die Wäsche dauerte nie zu lange, und das Essen schmeckte ihr stets.

1916 begann mit ihrer Körperfülle auch ihre innere Harmonie zu schwinden. Die Waschfrau fing an, dem Mädchen gegenüber gehässig über Leute zu sprechen, die so oft Wäsche wechselten, und äußerte eine deutliche Abneigung gegen Kartoffelsalat, an dem mit Oel gespart worden war.

1917 war Frau Schneidereits vormals so gut ausgefülltes Gesicht voller Fältchen und Runzeln; nur die Hände waren so breit geblieben wie einst, und die Markttasche hatte sogar an Korpulenz zugenommen. Da mein Mädchen mir erzählte, daß die Waschfrau ihre eigene schmutzige Wäsche bei uns zuerst auswusch, ehe sie unsere darannahm, wagte ich eine bescheidene Anspielung darauf, daß mir das Verfahren umgekehrt lieber wäre, worauf sie mir entgegnete, daß das Brot überhaupt immer knapper würde! Ich sah den Zusammenhang nicht ein und erfuhr am nächsten Tage durch mein Mädchen, daß Frau Schneidereit beleidigt wäre und keinen Schritt mehr über unsere Schwelle setzen wollte. — Sie kam allerdings auch 1918 wieder, blieb aber launenhaft, hatte immer Appetit auf Bücklinge, wenn es Quark gab, und auf Gänseklein, wenn wir Kohlrüben aßen. Jedesmal, nachdem sie gefrühstückt hatte, stemmte sie die breiten Hände an die Stelle, wo früher ihre Hüften gewesen waren, und examinierte das Mädchen: „Hat die Olle auch Brot und Kartoffeln extra angeschafft? Gibt sie all wieder schwarze Nudeln? Wennehr ist der Tilsiter Käse gekommen?" Erst wenn die Antworten befriedigend ausgefallen waren, ging sie an ihre Arbeit. Nach Tisch nickte sie ein Stündchen, um dann pünktlich um 7 Uhr Feierabend zu machen. Dem Mädchen prägte sie bei jeder Gelegenheit ihren neuesten Wahlspruch ein:

„Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt,
Der ist verrückt!"

Im Jahre 1919 stellte Frau Schneidereit zu jeder Saison mehrere Forderungen auf: im Januar die übliche Lohnerhöhung, zu Ostern eine Anzahl Eier, im Sommer einen Beitrag zu ihren Reisekosten und zu Weihnachten ein Paar Halbschuhe, Größe 42, mit französischen Absätzen.

1920 erschien sie mit einer Korallenkette an ihrem jetzt wieder vollem Hals und großen goldenen Ringen an ihren abstehenden Ohren, kleinen Aufmerksamkeiten von ihren Kunden, wie sie sagte. Frau Schneidereit hat den Sechsstundentag eingeführt. Sie nennt ihn zwar Achtstundentag; da sie aber eine Stunde nach Tisch schläft und für ihre fünf Mahlzeiten eine reichliche Stunde braucht, so arbeitet sie tatsächlich nur sechs Stunden. Dafür fordert sie 9 Mark und gutes Essen. Ich muß sie monatlich zwei Tage engagieren, damit sie so viel fertig bringt wie früher in einem Tag und zahle 1920 für dieselbe Arbeit 18 Mark, für die 1914 nur 2 Mark gefordert wurde, wobei ich die Ausgaben für das Essen natürlich nicht berechnet habe. Trotz alledem ist es bei der letzten Wäsche zu einem Konflikt gekommen.

Frau Schneidereit hatte von einer Kundin ein Kinobillett bekommen — natürlich für den Nachmittag, an dem sie bei mir engagiert war. Es war sehr anzuerkennen, daß die Frau doch noch fünf Stunden bei mir arbeitete und die fehlende Stunde am nächsten Tage ersetzen wollte. Freilich wartete ich vergebens. Aber ein kleines Mädel kam statt der Waschfrau mit der Botschaft, daß Frau Schneidereit nur dann bei mir arbeiten könnte, wenn ich ihr statt 9 Mark von jetzt an 12 Mark täglich zahlen würde. Sonst verzichtete sie . . .

Ich war unbesonnen genug, ihr sagen zu lassen, daß ich verzichtete. Die Frau hat ja zeitgemäß gehandelt, ein Ultimatum gestellt, — mit Streik gedroht, wenn nicht sofort Lohnerhöhung erfolgte . . . Sie hat sich geschickt akklimatisiert . . . Wir vom Mittelstand sind die Zurückgebliebenen. Denn wir erkennen das Motto nicht an:

„Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt,
Der ist verrückt!"

Kunst und Wissenschaft.

Ein „Uraufführung-Theater" ist vom Verlag „Die Wende", München, gegründet worden mit dem Ziel, dramatische Dichtungen möglichst solcher Autoren, die bisher überhaupt noch nicht aufgeführt worden sind, auf öffentliche Bühnen zur Aufführung zu bringen. Begonnen wird auf Münchener Bühnen mit Münchener Künstlern. Doch sind Aufführungen in allen Teilen Deutschlands geplant. Die erste ist im September im Münchener Schauspielhause angesetzt mit dem Schauspiel „Der Midas" von Richard Furinger.

Internationaler Gesangsweltstreit. Im nächsten Jahre soll in Bochum ein internationaler Gesangswettstreit stattfinden. Die Vorbereitungen sind schon im Gange.

Die neue Zeitschrift „Freie deutsche Bühne", herausgegeben von Dr. Max Epstein und Emil Lind (Verlag „Freie deutsche Bühne) zeichnet sich durch einen gewählten Mitarbeiterstab aus, dem u. a. angehören: Julius Bab, Arthur Eloesser, Hans Natonek, Paul Oestreich, S. Kawerau, Herbert Eulenberg, W. v. Scholz, Monty Jacobs.

Hermann Sudermanns neueste Komödie „Die Freundin" wird zwischen dem 1. und 4. September am Berliner Residenztheater ihre Uraufführung erleben. Das Stück behandelt in bezenter Weise die Freundschaft zwischen Frauen.

Die Kantgesellschaft wird im Herbst d. J. neue Ortsgruppen in München, Leipzig und Stuttgart gründen. In der Stuttgarter Ortsgruppe wird Prof. Artur Liebert-Berlin den Eröffnungsvortrag über „Die Philosophie im Geistesleben der Gegenwart" halten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200820034/fragment/page=0002